

Stimme aus Unternehmen

## Energiepolitik auf dem Prüfstand

Eli Widecki vom Baustoffindustrieunternehmen Baunit, Unternehmensvertreter mit Politik-erfahrung, plädiert für neue Prioritäten und Lösungen. Seine Schwerpunkte: thermische Sanierung und grünes Gas forcieren.

Der Beginn des Angriffskriegs in der Ukraine am 24. Februar war in vielerlei Hinsicht eine Zäsur. Politisch rückte die Energiethematik ins Zentrum des öffentlichen Diskurses. Fragen des Energiemarktes, der Versorgungssicherheit und der Energiekosten wurden Topthemen der Nachrichtensendungen, Energieexpert:innen dort plötzlich gefragte Gäste. In den Jahren davor war die Energiepolitik zum „Beiwagerl“ der Klimapolitik geworden, es ging primär um „Raus aus Öl“ und den Ökostrom-Ausbau. Energie war günstig und immer vorhanden, also widmete man sich der Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Das war kein Fehler, rückblickend hätte man wohl noch stärker auf heimische, erneuerbare Quellen setzen sollen.

Aber nun ist klar, der alleinige Fokus auf Nachhaltigkeit greift zu kurz: Energiepolitik muss sich verstärkt den Fragen der Versorgungssicherheit, der Wettbewerbsfähigkeit und der Leistbarkeit widmen. Dafür ist ein Paradigmenwechsel notwendig: Energie muss als knappes, wertvolles Gut wahrgenommen werden, mit dem man sparsam, effizient und intelligent umgeht. Das ist eine Chance, es geht nicht um Kasteiung oder Verzicht, es braucht auch keine staatlichen Verbote. Das Ziel muss sein, mit weniger Energie auszukommen, ohne Komfortverlust für den Einzelnen und ohne Wettbewerbsfähigkeitsverlust für den Standort.

### Mit thermischer Sanierung Energie(kosten) sparen

Das „Zauberwort“ heißt Energiesparen, denn die beste Energie ist jene, die nicht erzeugt – weil nicht benötigt – wird. Bisher haben vor allem energieintensive Unternehmen aus ökonomischen Gründen versucht, den Ressourceneinsatz zu optimieren. Diesem Beispiel muss nun die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft folgen. Das gilt insbesondere für den Gebäudebereich, in dem unglaubliches Potenzial schlummert, Energie und damit Kosten zu sparen. Schlecht gedämmte Häuser verbrauchen

unnötig Energie und verursachen aktuell Energiekosten, die für immer breitere Teile der Bevölkerung untragbar werden.

Die Politik muss reagieren und deckelt die Energierechnungen. Das ist politisch verständlich, akute soziale Probleme sollen mit akut wirksamen Maßnahmen bekämpft werden. Leider zielt man damit auf das Symptom und nicht auf die Ursache ab. Wir sollten alles daransetzen, die thermische Sanierung zu forcieren, als Baustein zur Senkung des Energieverbrauchs – und damit zur Reduktion der Energierechnungen für den Haushalt und zur Erhöhung der Versorgungssicherheit für die Gesellschaft beizutragen. Bessere Dämmung bedeutet weniger Heiz- und Kühlbedarf und damit geringeren Energieverbrauch. Das wiederum senkt die Kosten und spart knappe Ressourcen, die anderswo gebraucht werden. Oder vereinfacht: „Dämmung rauf, Kosten runter!“ Gleichzeitig stärkt das Dämmen die regionale Wertschöpfung, erhält und schafft Arbeitsplätze und senkt den CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

Im aktuellen Regierungsprogramm, wie in den meisten davor, wird das Ziel einer Sanierungsrate von 3% definiert. Derzeit liegen wir, je nach Berechnungsmethode, knapp unter oder knapp über 1%. Das 3%-Ziel ist trotzdem sinnvoll, richtig und auch erreichbar. Die Regierung muss aber jetzt konkrete Schritte setzen, um die Sanierungsquote deutlich zu erhöhen.

Im Wesentlichen braucht es dafür zwei Dinge. Erstens, ein erhöhtes Bewusstsein für die Sinnhaftigkeit einer Dämmung. Durch eine öffentliche, breitenwirksame Werbekampagne, eine intelligente Kommunikation und ein klares politisches Bekenntnis kann die Investitionsbereitschaft stark erhöht werden. Vor allem muss deutlich kommuniziert werden, dass sich eine thermische Sanierung fast immer in unter zehn Jahren rechnet,





bei aktuellen Energiepreisen oftmals sogar schneller. Wer es nicht glaubt, kann sich einfach anhand von Beispielen mit dem Baunit-Energiesparrechner ([Link](#)) selbst informieren.

Zweitens braucht es bessere Rahmenbedingungen. Die derzeitigen finanziellen Anreize durch den Sanierungsscheck der Bundesregierung sind zu niedrig. Benötigt wird die Erhöhung der Fördersumme pro Sanierung von 6.000 auf 15.000 Euro. Wird das volle Potenzial des Sanierungsschecks ausgeschöpft, bewirkt er eine rasche Reduktion des Energieverbrauches und des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Auch wäre es sinnvoll, die volle steuerliche Absetzbarkeit der Kosten über fünf Jahre umzusetzen, um so einen deutlich stärkeren Anreiz zu bieten. Um Hürden im mehrgeschoßigen Wohnbau zu beseitigen, braucht es zudem eine weitere Anpassung des Mietrechtsgesetzes. Nicht zuletzt sollten für die Finanzierung der Sanierung neue, alternative Modelle, wie z.B. über Green Bonds, geprüft werden.

#### Innovatives grünes Gas forcieren

Jene Energie, die wir trotz erhöhter Effizienz und gesetzter Sparmaßnahmen weiterhin benötigen, sollte zu einem möglichst hohen Anteil in Österreich erzeugt werden, um die Unabhängigkeit zu erhöhen. Ein reiner Fokus auf (Öko-)Strom greift dabei allerdings zu kurz. Wir müssen uns, wie die aktuelle Krise schmerzhaft zeigt, stärker mit nicht-russischem Gas beschäftigen. Während eine Diversifizierung der Lieferquellen sicherlich das Gebot der Stunde ist, braucht es eine mittel- und langfristige Strategie zur Erzeugung von heimischem grünem Gas und Wasserstoff. Dabei müssen wir technologieoffen sein, Innovation vorantreiben und auf unterschiedliche (saubere) Lösungen setzen. Es gibt viele Optionen, wir werden sie alle brauchen.

Ein Beispiel: Heutzutage kann mittels eines hochinnovativen Verfahrens aus Rest- und Abfallstoffen der Papierindustrie grünes Gas erzeugt werden. Und zwar nicht

irgendwo, sondern durch die BIO Brennstoff GmbH im burgenländischen Oberwart. So wird im Sinne der Kreislaufwirtschaft aus nicht rezyklierbarem Abfall ein hochwertiges Produktgas hergestellt, das in Industrieprozessen genutzt oder ins öffentliche Gasnetz eingespeist werden kann. Damit wird die Nachhaltigkeit sowie die Resilienz erhöht, da importiertes, fossiles Erdgas ersetzt werden kann. Gleichzeitig stärken solche Anlagen den Wirtschafts- und Innovationsstandort Österreich.

Auch dafür braucht es entsprechende Rahmenbedingungen. Wenn heimisches grünes Gas forciert werden soll, wie im Regierungsprogramm vorgesehen, müssen Projekte wie das oben beschriebene unterstützt werden. Bei geplanten Förderungen und Quotenregelungen braucht es daher eine Offenheit für alle innovativen Lösungen, die zu den Klima- und Energiezielen – sowie, in diesem Fall, den Umwelt- und Recyclingzielen – beitragen. Es braucht Anpassungen im Abfall- sowie im Energierecht. Wann, wenn nicht jetzt ist der Zeitpunkt, heimische Produktionsmöglichkeiten und saubere Alternativen in den Mittelpunkt zu stellen, um die Versorgungssicherheit zu erhöhen? Grünes Gas „Made in Austria“ wäre so ein Best-Practice-Beispiel.

Rasch wird klar, die Industrie arbeitet längst an der Energiewende. Einerseits bei sich selbst, vor allem durch erhöhte Energieeffizienz, Sparmaßnahmen und den Umstieg auf nachhaltigere und sicher verfügbarere Energiequellen. Andererseits durch Produkte und Lösungen, die es ihren Kunden ermöglichen, Energie und damit Kosten zu sparen sowie importierte, fossile Energie zu reduzieren oder zu ersetzen.

Es ginge jedoch noch schneller und umfassender, wenn es die dafür notwendigen Rahmenbedingungen gäbe. Und zwar nicht nur für den Ausbau erneuerbarer Energie, sondern auch für die thermische Sanierung und für innovatives grünes Gas. Wir brauchen neben mutigen Betrieben eine mutige Politik, die Investitionen ermöglicht und Innovation vorantreibt. Ohne Scheuklappen oder Ideologie, dafür mit einem pragmatischen, lösungsorientierten und technologieoffenen Zugang. Die Industrie steht als Partner, als Ideengeber und als Umsetzer bereit. ●

**Infos:** Umwelt und Nachhaltigkeit bei Baunit ([Link](#))



**Eli Widecki, MSc, (Baunit)**

[e.widecki@sih.co.at](mailto:e.widecki@sih.co.at)